

Württembergischer Volksbote.

Organ für die Interessen der wirthschaftigen Bevölkerung.

Verlagspreis Nr. 926)

Weit über alle politischen Parteien hinaus „Die Neue Welt“.

(Verlagspreis Nr. 926)

Der „Württembergische Volksbote“ erhielt seine Abgabe (außer im Sonn- und Weihnachtsfest) mit dem Beginn des kalten Tages und wird die Erprobtheit, die Ausdrucksstärke Nr. 60/62, und die Kraft zu erhalten. — Preis vierzehn Pf. 1.80. Postkonto Nr. 10292, letzter Nachtrag.

Die Abgabengesetze bestimmen für die vierzehnmalige Zeitung oder deren Teile 15 Pf., für Berichtigungs-, Arbeits- und Abstimmungsausgaben nur 10 Pf. auswählbare Anzeigen 20 Pf. — Abreise für die nächste Nummer müssen bis zu ihrer Veröffentlichung, größere Läufe vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33.

Mittwoch, den 8. Februar 1905.

12. Jahrg.

Gesetz einer Welle.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Württembergischen Volksboten“

Berlin, den 6. Februar 1905.

134. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Posadowsky.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des zweiten Nachtragsgesetzes für die Schifffahrtsgesetze, der debattiert wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wird.

Es folgt die Interpellation Dr. Albeck und Gen. (kreis. Volkspr.), welche den Reichskanzler nach seiner Stellung zu den in Preußen beachtigten Erhebung von Gebühren auf den natürlichen Binnenschiffahrtsstraßen fragt.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Klemm (FDP): 1886 hat der Bundesrat und am 10. Dezember 1903 hat der Reichskanzler in einer feierlichen Erklärung den Standpunkt vertreten, daß nach § 55 der Reichsverfassung die Einzelstaaten kein Recht haben, Schifffahrtsabgaben zu erheben. Außer der Reichsverfassung kommen hier auch noch internationale Verträge in Betracht. Am 12. Februar 1904 gab nun aber der Staatssekretär des Innern die Erklärung ab, daß zwar zweifellos Schifffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen ungefährlich seien; nicht über jedem Zweifel erhaben aber sei, welche Wasserstraßen noch als natürlich betrachtet werden können. Wieder ein paar Monate später — am 9. November und 1. Dezember 1904 — erklärt der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten im Abgeordnetenhaus, der beste Freund der Schifffahrt sei der, der für die Schifffahrtsabgaben eintrete! Welch ein Wandel der Ansichten in unglaublich kurzer Zeit! (Sehr richtig! links.) Seit der französischen Revolution und dem Wiener Kongreß ist die Freiheit der Ströme internationales Recht. Nach der Reichsverfassung dürfen nur besondere Anlagen Abgaben, die die eigenen Kosten nicht überschreiten, erhoben werden. Jetzt aber wird sogar der Rhein für eine künstliche Wasserstraße erklärt! Alle Sachverständigen, selbst der sonst für Schifffahrtsabgaben eingenommene Professor Schuhmacher haben erklärt, daß der Übergang einer „natürlichen“ in eine „künstliche“ Wasserstraße unmöglich sei. (Hört! hört! links.) Der preußische Gesetzgevater steht im flagranten Widerspruch zur Reichsverfassung, sein Bundesstaat kann einseitig Schifffahrtsabgaben einführen. (Lebh. Zust. links.) Auch würde die Einführung von Schifffahrtsabgaben auf dem Rhein und der Elbe gegen die Verträge mit Österreich und Holland verstößen. Die Regierungen von Baden und Hessen haben sich entschieden gegen die Schifffahrtsabgaben ausgesprochen, deren Einführung den Westen schwer schädigen würde, ohne dem Osten wirklich zu nützen. Billige Frachten sind der Lebensnerv der Industrie, aber auch der Landwirtschaft. In Wahrheit handelt es sich bei diesen Abgaben nicht um fiskalische, sondern um agrarische Interessen, um die Erhebung einer Art von Zollabgabenzoll über die doch wahrhaftig hohe Zollgrenze der Handelsverträge heraus. (Zum. links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Unzweckhaft kann kein Bundesstaat ohne besondere reichsrechtliche Genehmigung Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen einführen. Sollte nun die preußische Regierung sich entschließen, zur Ausgleichung bestehender Ungleichheiten in der Abgabebelastung auf Kanälen und kanalisierten Flüssen einerseits und natürlichen Wasserstraßen andererseits, Abgaben auch auf den letzteren einzuführen, so wird sie selbstredend die reichsrechtliche Genehmigung einholen. Jetzt liegt für die Organe des Reiches Veranlassung vor, materiell zu der Frage Stellung zu nehmen.

(Nach dieser Erklärung entfernt sich der Staatssekretär aus dem Sitzungssaale.)

Auf Antrag Dr. Müller-Sagan wird Beprüfung der Interpellation beschlossen.

Dr. Davids (SD): Nach dem merkwürdigen Wandel, der so plötzlich in ihren Anschaunungen eingetreten ist, kann die Reichsregierung auf besonderes Vertrauen keinen Anspruch erheben (Zustimmung links). Die neuesten Erklärungen der preußischen Regierung im Abgeordnetenhaus stehen mit der bisher in Theorie und Praxis herrschenden Auffassung des betr. Artikels der Reichsverfassung sowie mit der Erklärung des Reichskanzlers im Dezember 1903 in offenbarem Widerspruch. (Sehr gut! links.)

Die Beprüfung, daß die Schifffahrtsabgaben im Interesse der Schifffahrt erhoben werden, ist zu naiv, um irgendwo Gläubiger zu finden. Der wirkliche Grund — und die Verhandlungen der preußischen Landesregierung lassen darüber keinen Zweifel — ist natürlich der, daß man die Einführung von Getreide noch mehr erschweren will. (Sehr richtig! links.) Daher richtet sich der Kampf in erster Linie gegen die Elbe und mehr noch gegen den Rhein, die beiden Straßen, auf denen sich der größte Getreide-Import vollzieht. Es handelt sich also um ein neues Bild in der Peripherie der Brotverteuerung. Hat man doch direkt gefordert, die Tarife nicht nach dem Preis der Ware, sondern nach den Geboten einer nationalen, will sagen agrarischen Wirtschaftspolitik festzulegen. Die Abgaben für landwirtschaftliche Produkte sollen erhöht, die für andere Produkte herabgesetzt werden. (Hört! hört! links.) Es heißt ferner: die Höhe der Tarife ist ein Kronrecht, aber unabhängig

von der Bewilligung der Volksvertretung. D. h. sind die Abgaben einmal bewilligt, dann liegt die Bestimmung ihrer Höhe in der Hand der preußischen Regierung, die ihrerseits nach dem Dictat der Großgrundbesitzer handelt. Es handelt sich um den volksfeindlichen Laienabsolutismus des preußischen Junkerts, neben dem allenfalls noch Eisenbahnpolitische Interessen in Betracht kommen. Es handelt sich darum, den § 54 der Reichsverfassung zu bestätigen oder negativ zu interpretieren. Erklärt doch Herr v. Budde, das gesammt preußische Staatsministerium erblickt in der Abgabefreiheit der großen Ströme eine Ungerechtigkeit. Diese Auffassung Buddes steht mit der klaren Erklärung, die im Dezember 1903 der Reichskanzler abgab, in einem Widerspruch, den hinwegzutun man sich alle Interpretierungsmöglichkeiten als abwegig erweisen. Nehm doch der Kanzler Bezug auf das Unterwesergericht und diese Bezugnahme mußte alle Zweifel auslöschen. Denn damals wurde aus einem natürlichen Flusslauf geradezu eine einzige künstliche Strecke gemacht und trotzdem mit Nachdruck festgestellt, daß eine Einführung von Abgaben auf dem so veränderten Flusslauf reichsverfassungswidrig sein würde. In diesem Sinne äußerte sich natürlich auch der damalige Führer des Zentrums Dr. Windhorst. (Hört! hört! links.) Doch die Reaktion reitet schnell. Der Reichskanzler ist kein Konsequenzmacher; er legt keinen Wert darauf, daß seine Worte von heute nach morgen noch Geltung haben. (Sehr gut! links.) Jetzt heißt es: die Regierung denkt nicht daran, verfassungswidrige Abgaben zu erheben, weil die Abgaben, die sie erheben will, nicht verfassungswidrig sind. — Das Unterwesergericht ließ alle die Schiffe, die etwa vor der Regelung die Strecke von Bremerhaven bis Bremen befahren können, abgabenfrei. Die Leute aber, die jetzt die Einführung von Schifffahrtsabgaben befürworten, denken nicht daran, etwa alle die Schiffe, die schon jetzt den Rhein von Rotterdam bis Mannheim befahren können, abgabenfrei zu lassen. Gegen Schifffahrtsabgaben läßt sich nichts einwenden, wenn die Flussregulierung wirklich im Interesse der Gesamtheit vorgenommen wird. Aber nicht darum handelt es sich, es handelt sich, um es noch einmal zu sagen, um eine neue Erhöhung der Zölle noch über die Tarife hinaus. Dabei haben 90 Proz. gerade der rheinischen Landwirte kein Interesse an Getreidezöllen oder werden direkt durch sie geschädigt. (Sehr richtig! links.) Geht die preußische Regierung auf dem eingeschlagenen Wege weiter, so begeht sie zum Schaden der breiten Volksmassen und zum Nutzen einer Handvoll Großgrundbesitzer einen flagranten Verfassungsbruch. (Lebhafte Zustimmung b. d. Sozialdemokraten.) Moralische Erbitterungen wird sie damit nicht machen: schon hat man in der Düsseldorfer Handelskammer zum Sommeln gegen den inneren Feind geblasen, der diesmal nicht die Sozialdemokratie ist. (Heiterkeit.) Uns kann es recht sein, wenn die Regierung diese Wege wandelt. (Lebhafte Zustimmung b. d. Sozialdem.)

Ösel (S.): Es sollen ja gar keine Abgaben für Verschiffung erhoben werden. (Burk. links: Wofür denn?) Als die Rheinschifffahrtssatzte abgeschlossen wurde, fuhr man auf dem Rhein mit Kahnern von 300 Tonnen, jetzt aber mit solchen zu 2000 Tonnen. So großartig sind die Verbesserungen der Fahrstraßen gewesen; da kann man sich nicht mehr auf alte Abmachungen berufen. Die freie Kanalstrafe der Franzosen erklärt sich daraus, daß dort die Eisenbahnen in der Hand profitmachender Privatgesellschaften sind. Von der freien Rheinschifffahrt haben niederländische Schiffe den allergrößten Vorteil. Die Rheinschifffahrtsgesellschaften, die sich zum Zwecke der Tariferhöhung verbündet haben, können sich über eine etwaige Schädigung der Schifffahrtsabgaben nicht beschweren. Zudem wird infolge der für die Landwirtschaft schlechten Handelsverträge (Vantes Lachen links) in den nächsten Jahren der Getreideimport steigen. In Österreich, wo man nationaler Macht als bei uns, wird man auch einen Antrag auf Schifffahrtsabgaben einbringen. Die Mehrheit meiner politischen Freunde ist für die Schifffahrtsabgaben auf Flüssen, die durch einschneidende Verbesserungen die Natur von Kanälen angenommen haben. Wir Bayern stehen auf diesem Standpunkte aus wohlverstandenen eigenen Interessen und nicht wegen der schönen Augen der preußischen Junker. Ich mache aus meinem Herzen keine Wörtergrube und gestehe offen, daß ich für meine Person den § 54 der Reichsverfassung bestreit zu sehen wünsche. (Hört! hört! links.) Wenn das Ihrer (nach links) Industrie nicht paßt, dann wandern sie nach Afrika oder Asien aus! (Zustimmung im Zentrum.)

Gothein (FBG): Der Herr Vorredner scheint die Gelegenheit zu einer Handelsvertragsrede benutzt zu haben. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Ösel sollte in seiner eigenen Fraktion Umlauf nach Leuten halten, die ihre Industrie ins Ausland verlegen. (Sehr gut! links.) Das Zentrum schlägt sich jetzt selbst ins Gesicht, indem es einen Standpunkt einnimmt, der dem des Abg. Windhorst bei der Flussregulierung diametral entgegengesetzt ist. Nur in Fragen der mecklenburgischen Verfassung bleibt es konsequent. (Heiterkeit) Wenn der Herr Abg. Ösel meint, daß die holländischen Schiffe den Hauptort der Rheinschifffahrt haben, so vergibt er, daß in der holländischen Flussregulierung außerordentlich viel deutsches Kapital angelegt ist. (Sehr richtig! b. d. Kreis.) Bei den süddeutschen Staaten berechtigt helles Erstaunen über die Haltung des Herrn v. Budde. (Hört! hört! links.) Der Kanzler scheint eine Meinung ebenso leicht zu wechseln, wie seine Uniformen. (Heiterkeit.) Herr Budde meint, die Rechtsgelehrten würden schon einen Ausweg finden. (Hört! hört! links.) Nun es gibt ja Leute, die z. B. über die Frage der

Flussfolgebefähigung die verschiedensten Gutachten je nach Bedarf anfertigen. (Heiterkeit.) Lebzigens verlegt schon Preußen die Bestimmung der Reichsverfassung, indem es seit einer Reihe von Jahren auch auf den natürlichen märsichen Wasserstraßen dieselben Abgaben wie auf den künstlichen erlebt. Es ist unerhört, daß die Oberrechnungskammer diese verfassungswidrigen Ausgaben nicht moniert hat. Bei den Flussregulierungen handelt es sich um landwirtschaftliche und nicht industrielle Interessen. — Wenn heute der alte Fritz aufsteünde, der die Abgaben auf der Neiße und Warthe aufhob, würde er seinen Minister nicht nur drohen mit dem Rückstoß. (Große Heiterkeit.) Auch das Schleppmonopol verstößt gegen Art. 54 der Reichsverfassung. Auf einzelne Waren verschiedenen hohen Abgaben zu legen, das können nur die befreit worten, die die Flussregulierung überhaupt zu Grunde liegen wollen. Ich bin überzeugt, daß im Bundesrat sich wenigstens die notwendigen 14 Stimmen finden werden, die den Art. 54 aufrecht erhalten. Baden, Hessen und Württemberg, auch wohl Anhalt und die Hansestädte, auch Bayern werden gegen die Abschaffung sein. (Lebh. Beif. links.)

Wallbrecht (NL): Es wäre schön, wenn wir schon ein ausgebauts Kanalnetz mit freier Fracht, wie in Frankreich, hätten. Da dies aber nicht der Fall, so werden Schifffahrtsabgaben zum Ausbau des Verkehrsnetzes dienen. (Beif. rechts.)

Graf Limburg-Stirum (A.): Auf die Verfassungsfrage will ich nicht eingehen. Man würde sich doch darüber nicht einigen; man stimmt darüber einfach ab. (Hört! hört! links.) Die Erklärung des Staatssekretärs war etwas physisch: man könnte aus ihr dies oder das entnehmen. — Es würde sich um sehr geringfügige Abgaben handeln: auf dem Rhein um 0,04 Pf. pro Tonnenkilometer, auf den anderen Flüssen allerdings ein höherer Satz. (Lebh. Beif. rechts.)

Lattmann (A.): bezeichnet die Einführung der Schifffahrtsabgaben als sozial gerecht und national gesund. (Beif. b. d. Antis.)

Haumann (Südd. WP.): Der Streit darüber, was die Regierung will oder nicht will, wird durch die physische Erklärung des Grafen Posadowsky erst recht entschärft werden. Ich bedauere, daß der Staatssekretär sich entfernt hat.

Präf. Graf Ballerstrem teilt mit, daß Graf Posadowsky plötzlich abberufen wurde, um an einer wichtigen Konferenz teilzunehmen.

Haumann (forts.): Dann kann uns vielleicht ein Vertreter des Staatssekretärs mitteilen, was die Erklärung des Grafen Posadowsky eigentlich bedeutet. (Heiterkeit, links.) Die badische und die bayerische Regierung haben sich gegen die Schifffahrtsabgaben ausgesprochen und die württembergische Regierung wird hoffentlich ihrem Beispiel folgen. Die Einführung von Schifffahrtsabgaben würde die Übertragung der alten Pfaster und Chausseegelder auf die modernen Wasserstraßen bedeuten. Wir vermissen eine entschiedene Stellungnahme des Reichskanzlers gegenüber den reichsverfassungswidrigen Bestrebungen Preußens. (Bravo! links.)

Ein Beratungsantrag wird vom Abg. Dr. Müller-Sagan (FBG) befämpft und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Konservativen abgelehnt.

Dreesbach (SD): Wenn die Schifffahrtsabgaben so gering wären, wie Graf Limburg-Stirum meint, so würden Sie ja kein Interesse daran haben. Aber Sie wollen eine Verschärfung des Schutzzelles. Was für die Viehhaltung die Veterinärmaßregeln sind, das sollen für die Getreideernte die Schifffahrtsabgaben werden. (Lachen rechts.) Herr Ösel kann nicht im Namen des Zentrums gehrocken haben, denn im badischen Landtag haben alle Parteien einschließlich des Zentrums sich gegen Schifffahrtsabgaben ausgesprochen und die württembergische Regierung wird hoffentlich ihrem Beispiel folgen. Die Einführung von Schifffahrtsabgaben würde die Übertragung der alten Pfaster und Chausseegelder auf die modernen Wasserstraßen bedeuten. Wir vermissen eine entschiedene Stellungnahme des Reichskanzlers gegenüber den reichsverfassungswidrigen Bestrebungen Preußens. (Bravo! links.)

Dr. Beumer (NL): erklärt, daß die Mehrheit seiner Freunde die Erhebung von Schifffahrtsabgaben ohne Rücksicht der Verfassung für ausgeschlossen hält. (Bravo b. d. Antis.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Ösel (S.) und Gothein (FBG) schließt die Befreiung.

Präsident Graf Ballerstrem: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. (Klasse: Beratungen!) Wie liegt sein Antrag vor. Sattler (NL): Ich beantrage die Beratung.

Müller-Sagan (FBG): Ich habe vorhin nur den Beratungsantrag widerprochen, weil ich dem Herrn Regierungsvertreter Gelegenheit geben wollte, die physische Erklärung des Reichskanzlers aufzuhören zu interpretieren. Nachdem wir diesen Gegenstand verlassen haben, stimme ich gern für die Beratung. (Heiterkeit.)

Die Beratung wird einstimmig beschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Interpellation) Crimborn (S.), betr. den zehnständigen Marzipanarbeitstag.

Schluß 6 Uhr.

కృతికథ స్తంబించాలు.

విశ్వార్థా.

Kampf bis auf's Messer! Mit Zustimmung einer Sonntag in Bochum abgehaltenen Bergarbeiterversammlung ist seitens der Siebenertkommission abermals die Hand zum Frieden gebeten, aber von den Grubenbaronen in propria persona Weise zurückgewiesen worden. Die Siebenertkommission hatte an den Bergbauverein folgendes Telegramm gerichtet: „Herrn Bergmeister Engel, Essen a. d. Ruhr! Wir fragen hiermit ganz ergebenst an, ob der Verein für bergbauliche Interessen vielleicht geneigt sei, die Siebenertkommission morgen, den 6. d. Ms., zu empfangen, um über 5 Punkte, welche zur Aufnahme der Arbeit führen würden, zu unterhandeln. Die Siebenertkommission. J. A.: Johann Effers, Alt-Essen.“ — Hierauf traf folgende Antwort ein: „Herrn Johann Effers, Alt-Essen, Kurfür. In ergebenster Erwiderung Ihres im Namen der „Siebenertkommission“ an den Bergmeister Engel gerichteten Telegramms von heute eben vermögen wir nach wie vor in dieser Kommission eine Fortsetzung der Gesamtbelegschaften nicht zu erblicken. Die

unterzeichnete Kommission, es besteht innerhalb der Kommission und im Lager der Streikenden überhaupt vollkommene Einigkeit. Alle Nachrichten über Beurwürfisse zwischen den Verbänden sind aus der Lust gegriffen. Die Meldung, unsere Resolution richte sich gegen eine bestimmte politische Partei, ist durchaus ungutrichtend, die Resolution soll nur innerhalb der Streikenden völlige Einheit der Aktion fördern. Auch ist es nicht richtig, daß Kamerad Dreslott aus der Siebener-Kommission „ausgeschlossen“ wurde, sondern er ist von der Leitung des polnischen Gewerbevereins aus rein persönlichen Gründen zurückgetreten; dann schied er auch aus der Siebener-Kommission aus. Wir konstatieren deshalb ausdrücklich, daß die großartige, kameradschaftliche Einigkeit der Organisationen durch nichts erschüttert ist. Alle gegenseitigen Meldungen sind unrichtig. Wir bitten die arbeiterfreundliche Presse um Verbreitung dieser Erklärung. Die Siebener-Kommission: Effert, Führe, Saßje, Hansmann, Regalicki, Rorke, B. Hammacher.“

Der Gemeinderat in Straßburg i. E. wurde seitens

Im Gemeinderat in Straßburg i. C. wurde jentens des demokratischen Stadträts Dammrow der Antrag gestellt, den notleidenden Bergleuten im Ruhrezvier eine Unterstüzung von 5000 Mf. zu gewähren.

Der Delegierte Söhrder teilte in einer Versammlung in Bochum mit, die englischen Bergleute würden, um eine Überproduktion zu vermeiden und zugleich die Einführungsgelung englischer Kohle über Frankreich zu verhindern, von heute ab nur fünf Tage arbeiten. In Amerika sind größere Geldsammlungen für die Streikenden veranbart.

Der Bergarbeiterstreit in Oberschlesien droht ganz erhebliche Ausdehnung einzunehmen. Auf der silesischen Königin Luisegrube ist jetzt die gesamte Tag- und Nachtshift, rund 8000 Mann, in den Ausstand getreten, und in der gleichfalls silesischen Bielitzgrube gründet ein Teil der Belegschaft, während es auf einer Grube im Privatbesitz befindlicher Gruben nur einen Zusammensatz bedarf, um die Flammen zu entzünden. Die Fortsetzung der Urechte des Streiks im Ruhrgebiet hat eben den überflächlichen Bergleuten das mindestens ebenso große Elend unter dem Sie selbst leben, besonders seit zum Bewußtsein gebracht.

In Belgien soll die Zahl der Musikanstalten 16000 betragen.

Hinteres aus der Wahlbewegung im Hofer Kreise. In einem sozialdemokratischen Flugblatt wurde die Mahnung an die Wähler, nicht für die bürgerlichen Kandidaten zu stimmen, mit dem bekannten Sprichwort geschlossen: Nur die allergrößten Sünder — Ehegatten ihres Regierers selber. Da aus der Saarabstundensatzung gelungenweise Weiger geblieb, wurde der Güterer des Saarabstundes, ein Herr Medebach, jüdischen Glaubens und entwurzelt im Hofer Amtblatt wie folgt: „Wenn mich die Herren Seij laut ihres Wahlaufrufs — indem ich eines zeitgleichen Abgeordneten wählte — für ein großes Narr hielten, lügt mich das falt, logischerweise müssen sie mich dann doch einige Stufen höher stellen, und die letzte Stufe des Ruhls ist bei uns Saarbeck bestimmt der Druckmodus, und wenn sie einmal laut dem Wahlaufrufe in das Tierreich hinaufspringen, so hat der Hebe Gott auch noch andere Steigerung geschaffen, als die sich: Schmetterling, Blumeng und anderes Geflügel. Die Herren Seij müssen bei Sprichwort von den größten Sündern; nun, wir Bayern haben auch noch andre Sprichwörter, z. B. „Sieh Sau soll bei ihrem Trog bleiben“ und „Sie fühlt sich am wohlsten im eigenen Dreck“ usw.“ — Im bürgerlichen Segt soll man ihr verdiente Gräßter über viele „Altadie“ des bauernabkömmlingen Hüters, der auch viele Misserfolle leidhat, gedachten haben, während sie natürlich unserem Hauptvater auf Reisen einen Besuch hat.

Eine Russenminister. Der habsüchtige Minister des Innern, Dr. Schröder, hat angekündigt, daß er alle russischen Studenten, die Demonstrationen gegen die Kaiserherrschaft in Russland veranlassen, resp. daran teilnehmen würden, einzufangen werde. — Der Mann hat einen russischen Orden angenommen.

Sine Rüderlage der fourabtischen Strafexjustis.
Das Reichsgericht hat, wie wir bereits saheliert, das Sach-
verständnis Schmiedeberg's für gegen den ehemaligen Berg-
arbeiter R.: h: er aufgestellt und hat es in einem gemeinsamen
Urteil aufgehoben. Das Urteil des Reichsgerichts rügt
nicht bloß die Beleidigung des § 243 des Strafprozeßordnung
textes, auch die falsche Anwendung des §§ 186 und 187
des Strafgesetzes. In letzterer Beziehung wird beson-
dere betont, daß das Richtericht Beurtheilten ge-
richtlich entlasten darf, sofern Zeugaben und Deduktionen,
die aus Begegnungen resultieren würden, falls es ist, da-
her genügen, die in den beiden Angeklagten gemachtten Aus-
gaben über die Höhe der Löhne, die sie auf die staatlich
vergewiesenen Schichten rührte, zu ignorieren. Die hier
auf angeführten Strafsachen dürften somit nicht abgelehnt
werden. Sofern ist aber § 243 der Strafprozeßordnung
rechtskräftig bestätigt worden, daß über die abgelehrten
Sachverständige die Geschäftsbefreiung übernommen nicht gefaßt
wurde. Hier wurde dem Angeklagten der Strauß das § 193
der Strafgesetzmäßigkeit zugeschlagen worden; denn es sei ihm
nicht zu glauben, daß er im Auftrage und im Interesse best-
immter Bergbauunternehmen gehandelt habe. Das Reichs-
gericht stellte die Richter eines auf eine von ihm gefällte
Gefangenschaft in einer öffentlichen Sache. Das sind in der
Sache die Gründe, die das Reichsgericht veranlaßt hat,
die Sachverständige Urteil einzuhören. Sie lassen keinen
gründlichen Zweck, daß das Richter Gericht den Ange-
klagten befreien sollte.

Ein preußischer Minister als Freiheitsschwärmer, der in ganz das Lande und nach weiteren Ländern ist, darf nur z. Beispiel sein, der Sozialrechtsaktivist, zu dem Robert der eine gesuchte Entfernung eines Geschäftes statt der Strafhaftung steht, sich für „mehr Freiheit“ bei politischen Arbeiten engt. Ein preußischer Sozialökonomie-Kollege, einer anderen Branche, legt es auf die Arbeit auf: Der Rentenversicherung aufzuhören durch Einführung der Handwerker- und Angestelltenkasse, andere ist der Rentenamt nicht genug. Das sollte man den Arbeitern etwa erlauben: In kleinen Betrieben nach Selbstbedienung zu gehen. — Das Kultusministerium ist, daß die

Urgarier diese Worte mit Beifall aufnahmen. Man könnte sich also auf eine Ära der Freiheit im preußischen Osten gesetzt machen, wenn man nicht den Podbielaft besser laufen würde, dessen Leitsatz ist: „Freiheit, die ich meine!“ Wie diese Freiheit beschaffen ist, beweist der erwähnte Gesetzentwurf.

Kleine politische Nachrichten. Trotha meldet von der Sandwüste einen Sieg über die Hottentotten. — Österreich-Ungarn hat Serbien den Handelsvertrag und die Bischleuchtenkonvention zum 15. Februar gefündigt. — In Serbien ist einmal wieder eine Ministerkrise ausgebrochen. Das Kabinett Baschitsch gab seine Entlassung. Der König nahm die Demission nicht an. — Der französische Senat nahm den Artikel der Militärvorlage, der die aktive Militärdienstzeit auf zwei Jahre festsetzt, mit 220 gegen 25 Stimmen an. — Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß in Venezuela der Ausbruch einer Revolution bevorsteht.

Stuklaub.

Die Reformkomödie. Unlängst wird aus Petersburg gemeldet: Behufs Ausführung des vierten Punktes des Kaiserlichen Erlasses vom 25. Dezember über die unverzüglich einzuführende staatliche und gesetzliche Sicherung für die Fabriken und Werke und sonstige industrielle Betriebe hält das Ministerkomitee am 6. Januar eine Sitzung ab, in welcher die Vorschläge des Finanzministers betreffend die Ausführungen der kaiserlichen Anordnungen erörtert und nachstehende Beschlüsse geprägt wurden: 1. Die Ausarbeitung der Frage der Staatsversicherung arbeitsunfähiger Arbeiter und Angestellter von Fabriken, Werken und anderen industriellen Betrieben wird dem Finanzministerium überwiesen. 2. In diesem Ministerium wird eine Kommission zur Ausarbeitung der Gesetzesvorlage betreffend die staatliche Versicherung errichtet. Die Kommission soll unter dem Vorsitz dessenigen Gehilfen des Finanzministers tagen, welcher die Abteilung für Handel und Industrie verwaltet, und aus je einem Beamten der Ministerien des Finanz, der Finanzen, der Justiz, des Hofes, des Ackerbaus und der Domänen, des Krieges, der Marine und der Verkehrswägen und seines je einem Mitgliede der Hauptverwaltung der Handelsküfficht, der Reichsstaatsschule und des orthodexen Kultusamtes. 3. Zur Teilnahme an dieser Kommission werden berufen Vertreter von mehreren Unternehmen, ferner Vertreter für Bergwerksangelegenheiten, Vertreter aus vielen Handelsmanufaktur- und Werkstätten, Konferenzräte, Vertreter des Bergbaues, Metallfabrikanten, Zuckerfabrikanten, Müller, Vertreter der kaiserlich technischen Gesellschaft und von Gesellschaften zur gegenseitigen Versicherung von Arbeitern gegen Unglücksfälle und anderes. 4. Die Vertreteren der Kommission sprechen Recht. 5. Gemäß dem zweiten Punkte stellen es die betreffenden Minister ihres Bevollmächtigten frei, sich endgültig vor der Kommission zu führen. 6. Dem Finanzminister wird überlassen, den von der Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf nach weiterer Auszugnahme zu prüfen. 7. Der Finanzminister erhält den Auftrag, dem Ministerkomitee periodisch Berichte über die Arbeitsergebnisse vorzulegen. — Dieser Entwurf des Ministerkomitees ist vom Barzen am 29. Januar bestätigt worden. — Die „Reform“-aktion kommt also zu stande ohne Mitwirkung der sozial in der Hauptjagde daran Interessierten Arbeiter. Da mag man selbst ermessen, welche Früchte an diesem „Reform“-baum gediehen werden.

Für eine Konstitution ist auch die Petersburger Adelsversammlung eingetreten. Sie hat beschlossen, eine Adresse an den Kaiser zu richten, worin es am Schlusse heißt: „Sire! Geschen Sie jetzt, daß erwählte Vertreter des Volkes frei ihre Stimme zur Höhe des Thrones erheben und nach den Anordnungen des Souveräns an der Gesetzgebung und Beratung der Regierungsmajestätsmaßnahmen teilnehmen. Sire! Der Adel Petersburgs glaubt aufsichtig, daß, falls der Kaiser das Vertrauen hat und es landigt, daß Lyon und Wolf innig verbunden sind, die Unruhen im Innern aufhören werden, und daß das gesamte Russland sich erhöhen wird, um in getreuer und nützlicher Weise seinem Souverän zu dienen zum Wohle und Ruhm seines Landes, wie zum Schaden seiner Feinde.“ Die Adresse wurde mit 158 gegen 20 Stimmen angenommen. — Natürlich denkt „Götzen“ gar nicht daran, von seinem Selbstherrschaftamt auch das geringste einzubüßen. Es hat aus der Geschichte nie etwas gelernt!

Das „überlässige“ Militär läßt Bäterhofen im Stich. Nach Meldung des Weltkriegs aus Petersburg sollen zwei Regimenter Reisewitten in Bäterhof

Aus dem Innern Russlands liegen heute nur wenige Melbungen vor. In Odessa ist die Universität geschlossen worden. In Odessa wurden bei einem Zusammentrieb ein Arbeiter und ein Kosak gefoltert und 15 Arbeiter verlebt. Unter der ländlichen Bevölkerung des Gouvernements Poltawa macht sich eine starke Gärung bemerkbar. Das Minister soll die „Ruhe“ wiederherstellen. — An der preußisch-russischen Grenze sollen gemeinsame Maßnahmen der Deutschen und Russen geplant sein. Die Zahl der dort bewaffnet stehenden Ausländer beträgt 50 000. Die Polenbewegung kann für Russland und Russland sehr gefährlich werden.

Nieder ein Attentat in Helsingfors wird begangen: Ein Mann in Offiziersuniform verübte auf den Senatspräsidenten Dr. Johnsson in dessen Wohnung ein Revolverattentat. Johnsson war augenblicklich tot. Auch sein Sohn ist verwundet. Der Attentäter gibt sich Alexander Saarinen zu bezeichnen.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 6. Februar 1905.

Der Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl der Kommission für die Doppelbadeanstalt in der Wallis vor- genommen. Gewählt wurden: Dr. Steyer, Dr. Briesz, Dr. Wiedmann, Bane, Schäffl, Dr. Ziehl und Köhn.

Dechmals erfügt um Beschleunigung der Arbeiten der Kommission, damit der Badelalatität bald abgeholfen wird und den in Betracht kommenden Arbeitern Beschäftigung gewährt werden könne.

Darauf machte der Senat verschiedene Mitteilungen.

Sodann wurde in geheimer Sitzung über einen Senatsantrag verhandelt.

Nach Wiederherstellung der Offenlichkeit der Sitzung regt B.-M. Schulmerich an, nach dem folgenden Senatsantrag seinen Antrag auf Anrechnung der Dienstjahre des Hauptlehrers Holm zu beraten, da derselbe mit diesem Gegenstande des Tages in mindestens so innigem Zusammenhang steht, wie die Altonaerstraße mit dem Brodten Ufer. (Gr. Heiterkeit)

Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen.

Pape wünscht zu dem in geheimer Sitzung erteilten Ordnungsruf zu sprechen.

Der Vorsteher vermehrt das, teilt aber mit, daß Dobbertin den Ordnungsruf erhalten hat.

Beim zweiten Senatsantrag, Errichtung einer obligatorischen Kaufmännischen Fortbildungsschule, erhält das Wort.

Dr. Wezel: Es ist aus dem vorliegenden Antrag zu entnehmen, daß auch der Bürgerschaft ein gewisser Einfluß auf die Ausgestaltung der zu errichtenden Fortbildungsschule eingeräumt werden soll. Es fehlen in dem Gesetzesentwurf Bestimmungen über den fakultativen Unterricht.

Senator Dr. Schön erwidert, bleibt aber unverstanden.

Dr. Görz beantragt eine Abänderung der §§ 6, 7 und 10 des Gesetzes. Es ist nicht schön, wenn in einer Bestimmung des Gesetzes auf die Reinlichkeit der Schüler aufmerksam gemacht wird; es ist weiter nicht schön, daß bei Beschwerden gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes im § 10 mit der Polizei gedroht wird. In § 6 werden nur beispielweise die Verschlehrungen angeführt, die mit Strafen zu belegen sind; es gibt sicher noch weitere Verschlehrungen, die nicht aufgezählt sind, die aber trotzdem bestraft werden müssen. Selbstverständlich sind die Schüler ihrem Lehrer Schenklichkeit schuldig; ebenso müssen sie demselben die nötige Lehrerbelietzung erweisen. Ich bin der Ansicht, daß der ganze § 10 gestrichen werden muß. Nicht das Polizeiamt, sondern die Oberschulbehörde ist in erster Linie dazu berufen, aber Verfälle zu entschaffen. Eine ähnliche Bestimmung, wie sie durch die von mir gewünschte Abänderung herbeigeführt werden soll, ist auch im lübschen Schulgesetz bereits enthalten. Die Verpflichtung der Eltern und Lehrherrn, den jungen Leuten die nötige Zeit zum Besuch der Schule zu gewähren, wird durch das Handelsgesetz geregelt. § 10 müßte so gefaßt werden, daß auf eine Geldstrafe bis zu 30 Mark erkannt werden kann; als Revisionsinstanz könnte ja der Senat eingesezt werden. Im Falle die Strafe nicht freiwillig bezahlt wird, kann schließlich das Polizeiamt eingreifen.

Senator Dr. Schön: Es trägt vielleicht zur Abkürzung der Debatte bei, wenn ich erkläre, daß der Senat mit dem Antrag Görz einverstanden ist.

Schätzl ist ebenfalls für den Antrag Görz.

WieimpeI wünscht eine Milderung der Bestimmungen betr. der Aufschaffung von Lehrmitteln.

Schätzl: Es wird bei dem Abschluß von Lehrverträgen darauf Bezug genommen werden müssen, ob die Angehörigen des betz. Lehrkinos auch in der Lage sind, die Lehrmittel für die Fortbildungsschule bezahlen zu können. Im andern Falle muß auch der junge Mensch sich einem anderen Beruf zuwenden.

Schorer meint, daß im Falle ein Schüler sich Verschlehrungen zu schulden kommen läßt, eine jämische Strafe am Platze ist. Deshalb müsse die Fassung des § 10, wie sie im Entwurf gegeben ist, bestehen bleiben.

Senator Dr. Schön erklärt die Bedenken Schorers bezüglich der Schenklichkeit der Strafe für unbegründet.

Heinsohn: Der Arbeitgeber, der doch aus dem Lehrfing Nutzen ziehen will, muß auch die Verpflichtung übernehmen, die notwendigen Lehrmittel für denselben anzuschaffen.

Dr. Görz: Die Befürchtungen, die Herr Meintke bezüglich der Aufschaffung der Lehrmittel hegt, werden nicht eintreffen. Wenn wirklich der Lehrling resp. dessen Angehörige nicht in der Lage sind, dieselben anzuschaffen zu können, so muß schließlich der Lehrherr antreten.

Pape: Wenn die im § 10 enthaltene Freiheitsberaubungsbestimmung (die Geldstrafe kann im Unterschlüsse in Haft umgewandelt werden) bestehen bleiben sollte, so würde das für mich ein Grund sein, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß in mancher Beziehung, namentlich in den Volksschulen, gespart werden kann. Die Schulbücher sind meistens so eingerichtet, daß durch einen möglichst breiten Rand viel Raum und insgesamt ein Geld verschwendet wird. Das darf für die Fortbildungsschule nicht eingespart werden. Ferner habe ich in dem ganzen Entwurf nicht einmal das Wort Industrie gefunden, ich hoffe, daß dieselbe nicht beiseite geschoben werden soll. Schließlich erwarte ich, daß man aus den Lehrbüchern den Unterricht, welcher bisher über den Begriff Wechsel in denselben enthalten war, außer Acht lassen wird.

Schön erwidert: Ich freue mich darüber, daß wir noch ein wenig Freiheit besitzen und werde mich entschieden dagegen wehren, daß dieselbe durch dies Gesetz gefürchtet werden soll. In der Gewerbeschule würde Herr Schorner mit seinen Ansichten sicherlich auf Widerstand stoßen. Wir Handwerker können unsere Lehrlinge auch ohne Freiheitsstrafen zur Raison bringen.

§ 6 wird darauf mit den Abänderungsantrag Dr. Görz angenommen.

Zu § 7 liegt ein Abänderungsantrag Stender vor, der aber nach kurzer Debatte einstimmig abgelehnt wird.

Darauf wird das ganze Gesetz mit der auf Antrag von Dr. Görz beschlossenen Abänderung angenommen.

Thiele wünscht, daß auch der Besuch der Gewerbeschule obligatorisch gemacht und die Unterrichtszeit in die Tagesschulen verlegt wird.

Borchardt: Die Oberaufsichtsbehörde ist bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt. (Bravo!)

Sodann kommt der Antrag Schulmerich, betr. Anrechnung früherer Dienstjahre des verstorbenen Hauptlehrers Holm zur Beratung.

Schulmerich nimmt bei der Begründung seines Antrages Bezug auf einen von ihm in den „Lübeckischen Blättern“ veröffentlichten Artikel. Er vermeint darauf, daß man bei anderen Lehrern, die sich in derselben Lage, wie Holm befinden, deren frühere Dienstjahre angerechnet habe; was aber dem einen recht ist, muß auch dem andern billig sein. Man müsse auch hier mit gleichem Maße messen.

Senator Dr. Schön macht auf die Konsequenzen aufmerksam, welche die Annahme des Schulmerischen Antrages nach sich ziehen könnte. Es befinden sich zur Zeit noch mehrere Lehrer in der gleichen Situation wie Holm, und diese würden dann jedenfalls mit den gleichen Ansprüchen folgen. Im übrigen sei die Witwe Holm, die aus verschiedenen Rassen Zuschrifte erhalten, durchaus nicht schlechter als andere Lehrerinnen gestellt.

Nachdem noch Schulmerich, Hempel, Dr. Borchardt und Goddeeris für den Antrag gesprochen und Senator Dr. Schön erwidert hatte, wurde der Antrag abgelehnt.

Die Senatsanträge: Gewährung einer Staatsbeihilfe an den Leiter der von Großherzoglich-sächsischen Realsschule und Ausbau des Dachgeschosses im östlichen Flügel des Museums wurden angenommen.

Bei dem Senatsantrag: Anlaß des Grundstücks Wakenitzmauer 38 durch den Staat (Preis 51 000 M.) erhält das Wort.

Pape: Die Baudeputation sollte sich lieber mehr mit den laufenden Arbeiten beschäftigen, als immer wieder neue Projekte auszuarbeiten. Der Staat tritt in diesem Antrag gewissermaßen als Grundstücksspekulant auf. Man sollte lieber die Silberstein- und Straßenplasterungsarbeiten in St. Lorenz ausführen, die sehr notwendig sind. Überhaupt sei es nicht angebracht, den Schulmerischen (Bodenreformerischen) Ansichten allzu sehr zu folgen.

Senator Dr. Neumann: Die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit steht auf dem Standpunkt, daß der Staat verpflichtet ist, Grund und Boden zu erwerben, wenn sich ihm dazu eine günstige Gelegenheit bietet. Derselben Aussicht sind auch die bestgeleiteten Städte Frankfurt, Altona usw. Das man die Bedingungen für den Ankauf so günstig wie möglich gestalte, liegt doch im Interesse des Staates. Der vorliegende Kaufvertrag ist für den Staat sehr akzeptabel.

Buchwald: Die Angelegenheit hat mit der Baudeputation höchst wenig zu tun, deshalb war Papes Vortrag wursellos.

Nach einer kurzen Erwiderung von Seitens Papes wird der Senatsantrag angenommen.

Beim nächsten Senatsantrag: Neubau einer Badeanstalt an der Altonaer Straße bemerkt

Senator J. H. Evers: In der letzten Bürgerhaussversammlung hat Herr Pape behauptet, es wäre schon Material für die neue Doppelbadeanstalt angesammelt worden, ehe die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt sei. Das ist nicht der Fall. Wir haben nur diesbezügliche Offerten eingeholt.

Dr. Wezel tritt warm für die Beibehaltung der bisherigen St. Lorenz-Badeanstalt ein; dieselbe müßte zu einer Doppelbadeanstalt ausgebaut werden.

Senator J. H. Evers: Die Baudeputation teilt den Standpunkt des Vorredners. Die Siedlung wird so gelegt werden, daß eine Verunreinigung des Wassers vermieden wird. (Bravo!)

Senator Becker wünscht, daß die neue Badeanstalt dem Publikum ganz überlassen bleibe und nicht auch vom Militär für einige Stunden benutzt werden soll. Jetzt haben die Schüler abends, da nachmittags die Badeanstalt für die Soldaten reserviert ist. In den Abendstunden, wenn die Arbeiter ein Bad nehmen wollen, herrscht daher vielfach eine unangenehme Überfüllung.

Senator Dr. Schön glaubt, daß dem Wunsche Beckers entsprochen werden kann.

Hempel tritt für die Anlegung staatlicher Brausebäder ein.

Senator Dr. Schön: Der Senat hat diese Frage bereits in Erwägung gezogen.

Pape: Ich habe in der letzten Bürgerhaussitzung festgestellt, daß Sämmle für die neue Badeanstalt angesammelt sind. Im übrigen freue ich mich, daß auch die Baudeputation zu der Ansicht gekommen ist, daß der Bau nicht eher in Angriff genommen werden darf, bis er verfassungsmäßig sanktioniert ist.

Schwarz macht auf technische Verbesserungen aufmerksam.

Thiele ersucht, die Badeanstalt so einzurichten, daß Kinder und Militär zu gleicher Zeit baden können.

Darauf wird der Antrag angenommen.

Der nächste Senatsantrag verlangt, daß dem Berliner „Oeffentlichen Badehalle“ für das Jahr 1904 eine einmalige Beihilfe von 2500 M. und für die Jahre 1905 und 1906 ein jährlicher, in das Staatsbudget dieser Jahre einzustellender Betrag von je 5000 M. gewährt werde.

Pape: Es dürfte sehr fraglich sein, ob die beantragte Summe ausreichend ist, da in den kommenden Jahren die Bücher- und Leihhalle voraussichtlich sehr stark benötigt wird, da ja, wie verlautet, das Stadthaus auf einige Jahre geschlossen wird und ein passender Erfolg nicht vorhanden ist. Weiter wird gesagt, daß in der Stadthalle eine Art Bücherei vom Berliner Stadttheater eingerichtet werden soll mit Direktor Erdmann-Jäger als Leiter. Direktor Gottschaldt ist in gewissen Kreisen nicht beliebt, deshalb muß er fort. Wenn die Polizeibehörde das Theater, obwohl es nicht feuer sicher ist, für dieses Jahr freigegeben hat, so muß es auch für einige weitere Jahre genügen. Die ganze Verantwortung für alle Folgen trägt selbstverständlich das Polizeiamt. Die Stadthalle bietet keinen Erfolg für das Stadttheater. Es sei auch nicht angängig, Lübeck für einige Jahre theaterlos zu machen.

Senator Dr. Neumann: Die Leihhalle ist mit der beantragten Beihilfe aufzutragen.

Schwarz bittet Pape, doch bei der Sache zu bleiben.

Pape: Behaltungen darüber, ob ich zur Sache spreche oder nicht, kann mir nur der Wortschöpfer machen, und das ist Herr Schorner einstweilen noch nicht. Es kann ja übrigens eine Zeit kommen, wo wir nur lesen müssen, weil wir kein Theater haben.

Senator Dr. Schön: Gewiß ist die Theaterfrage brennend. Die Feuersgefahr ist aber nicht so groß, wie vielfach angenommen wird. Als z. B. der große Theaterbrand in Thialago die Gemüter bemegte, haben auch wir unser Theater durch Sachverständige prüfen lassen, und auf Grund deren Neuflügungen sind wir dazu gekommen, daß Theater zu schließen. Wir haben dann, um Lübeck nicht theaterlos zu machen einstweilen die dortige Feuerwache verstärkt; auch hat sich der Sanitätsverband vom Roten Kreuz bereit erklärt, Posten zu stellen. Nach Vereinbarungen mit dem Musikverein, der ohne das Theater nicht existieren kann, sind wir dazu gekommen, mit der Stadthallenbaugesellschaft Verhandlungen anzuknüpfen; es haben sich aber verschiedene Schwierigkeiten ergeben.

Wir haben dann unsere Bedingungen gestellt und darauf heute Morgen ein Schreiben erhalten, in dem um 8 Tage Frist gebeten wird. Es ist ferner in Betracht gezogen, daß alte Theater, nachdem verschiedene Verbesserungen vorgenommen sind, noch einige Jahre zu benutzen. (Allseitig. Bravo!)

Schnell: Die Stadthallenbaugesellschaft wünscht keinen Nutzen aus dem Vertrag zu ziehen, sondern nur eine Bezinzung ihres Kapitals.

Darauf wird der Senatsantrag angenommen.

Debatte los werden sodann folgende Senatsanträge angenommen:

Verstärkung des Abschnittes XIII der Ausgabenseite des diesjährigen Staatsbudgets um 20000 M.

Eröffnung der Sitzungsdauer des vierten Nachtrages zum Einkommenssteuergesetz vom 2. Dezember 1903 auf das Rechnungsjahr 1905.

Abänderung des § 6 des Gesetzes vom 17. Mai 1876, betr. die Erhaltung der Flurbücher, Mutterrollen und Karten bei der Gegenwart.

Beim nächsten und letzten Senatsantrag: Abänderung des Bebauungsplanes der Vorstadt St. Lorenz und Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 21. April 1890, den Bebauungsplan für die Vorstadt der Stadt Lübeck betreffend. (Vorlage vom 2. Mai 1904 nebst Bericht der Kommission vom 10. Dezember 1904.)

Pape: Der Bericht der Kommission ist erst so spät eingegangen, daß es nicht möglich war, denselben einer genaueren Durchsicht zu unterziehen.

Senator J. H. Evers: Der Senat ist bereit, den Anregungen der Kommission zu folgen. Allerdings ist es nicht der Meinung, daß allen denen, die von der Veränderung des Bebauungsplanes betroffen werden, starten ins Haus geschickt werden müssen. Das würde nur zu unnötigen Unruhigkeiten Anlaß geben. Im übrigen würden die Interessen der Unternehmer und Anwohner in gleicher Weise gewahrt werden. Er bitte, nur den Absatz 5 des § 7 der Kommissionsfassung abzulehnen, sonst aber den Kommissionsvorschlag anzunehmen.

Pape: Die Bekanntmachungen über die Veränderungen des Bebauungsplanes müssen in allen hiesigen Zeitungen bekannt gegeben werden, nicht nur in dem wenig gelesenen Amtsblatt.

Rosenquist ist derjenigen Ansicht.

Blunk: Die Bekanntmachung, die den Anwohnern durch die Benachrichtigung von der Veränderung des Bebauungsplanes zugezeigt wird, ist wohl zu ertragen; die Hauptfäche ist die Benachrichtigung. Dieselben Bekanntmachungen, welche die Kommission wünscht, bestehen auch anderorts. Wenn man jetzt das Amtsblatt nicht liest, tappt man im Dunkeln.

Senator J. H. Evers: Die amtlichen Bekanntmachungen werden auch von den andern Blättern abgedruckt; die Veröffentlichungen der Baudeputation erfolgen außer im Amtsblatt auch im „General-Anzeiger“.

Dahms nimmt das Amtsblatt gegenüber den Neuerungen Pape's in Schutz. Die Behauptung, daß das Amtsblatt nur wenig gelesen wird, sei zwar von gegnerischer Seite wiederholt aufgetellt; woher weiß aber Herr Pape, daß das Amtsblatt nur wenig gelesen wird? Herr Pape betont immer seinen eigenen Meinung, während er anderen dieselbe beitreibt.

Blunk verteidigt nochmals den Standpunkt der Kommission, während die Senatoren Dr. Schön und J. H. Evers widersprechen.

Dr. Görz stellt den Antrag, die Worte „so weit tunlich“ die Eigentümer zu benachrichtigen, dem Kommissionsantrag einzufügen.

Pape ist der Ansicht, daß eine Benachrichtigung aller Betroffenen erfolgen müsse. Die Veröffentlichung der Bekanntmachungen müsse in allen Blättern erfolgen. (Evers: Auch im „Volksboten“?) Ich bin derjenigen Ansicht wie Herr Peters, auch im „Volksboten“. (Gr. Heiterkeit.) Ich befürchte Herren Dahms die eigene Meinung nicht, auch wenn sie noch so verkehrt ist. (Sturm. Heiterkeit.)

Nach einigen weiteren Bemerkungen wird der von Dr. Görz beantragte Abänderung angenommen.

Die Eingabe des Vereins der Gall- und Schankwirte Lübecks zu dem Bericht der Kommission zur Prüfung der Finanzfrage wird bis zu einer späteren Sitzung zurückgestellt.

Senator Dr. Schön: Die Entlassung der russischen Arbeiter, wegen der Herr Thiele s. B. anfragte, ist weder auf Veranlassung des Polizeiamtes noch des russischen Konsuls zurückzuführen. Es ist nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine größere Ansammlung von ausländischen Arbeitern unter Umständen lästig sein kann, deshalb sollten diese Arbeiter im Winter entlassen werden.

Thiele: Es ist mir von mehreren Zeugen gesagt, daß ein Schuhmann die Arbeiter entlassen hat. Da sie jetzt anderswo keine Arbeit erhalten, liegt eine indirekte Ausweitung vor.

Nachdem Senator Dr. Schön die Aussage des betr. Schuhmannes verlesen hat, aus der hervorgeht, daß der selbe an der Entlassung der betz. Arbeiter nicht mitgewirkt hat, ist die Sache erledigt.

Dobberstein erklärt sodann, daß er den Ordnungsruf in der geheimen Sitzung deshalb erhalten habe, weil er für die Streikenden im Ruhrevier gesammelt habe. Wenn das nicht zulässig war, so bitte er um Entschuldigung.

Schluß der Sitzung 1⁴ Uhr.

RECHT DER VERGÄRTNER.

Dienstag, den 7. Februar 1905.

Herrn, Zimmerer! Ueber die Firma Helfmann & Co. (Bahnhofbau) ist die Sperrerverordnung. Die Sperrkommission der Zimmerer.

Solidarität. Die Maler bewilligten als zweite Rate für die streikenden Bergarbeiter wiederum 50 M.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Gen. Lamberti Schmidt und Werner in üblicher Weise geehrt. Dann behandelte Genosse Stelling in einem Vortrage die jüngsten inner- und außenpolitischen Vorgänge. Der Punkt „Märzfeier“ zeigte die Annahme eines Vorstandsantrages, nach dem am 18. März eine Versammlung wenn möglich mit einem auswärtigen Referenten abgehalten werden soll. Im Vortrage gab der Vorsitzende bekannt, daß seitens des Sozialdemokratischen Vereins 400 M. für die freien den Bergarbeiter abgeführt worden seien. Ferner wurde mitgeteilt, daß fortan die freiwilligen Beiträge, welche für die Partei eingingen, monatlich im „Volksbote“ quittiert werden.

Dieser Mitteilung wurde die Mahnung angehängt, die Genossen und Vereine möchten soviel in ihren Kräften steht, der Partei zu tragen, an die auch im laufenden Jahre anlässlich der Bürgerschaftswahlen größere Ansprüche gestellt würden, gedenken. Nach Besprechung einer des öffentlichen Interesses entbehrenden Sache erfolgte Schluß.

erklärt hatte, eine Sammelstelle zu übernehmen zur Unterbringung hilfsbedürftiger Frauen und Kinder nach beendigtem Streife, wozu ich auch jetzt noch bereit bin. Den in der jetzigen Fassung erschienenen Aufruf, der mir im Vorlaufe nicht vorlag, vermag ich nicht zu unterzeichnen, da ich nicht beabsichtige, solange der Streik dauert, weder für die eine noch für die andere Seite Partei zu ergreifen, was aus meiner Unterschrift geschlossen werden könnte.

Einen Demagogen nennt das Amtsblatt unseres Gezellen Bebel, weil derselbe im Reichstag mit schmählicher Deutlichkeit die sozialpolitische Tatenlosigkeit der Regierung seit den bekannten kaiserlichen Erlassen kennzeichnete. Selbstverständlich kann unsern alten Rämpen ein kluger Anwurf aus dem Adreßhause nicht erreichen. Bezeichnend ist jedoch, daß diese Beschimpfung von Leuten ausgeht, die in Bremen in uns ersterben und deren eine ehliche und feste politische Überzeugung völlig feind ist.

Jahresbericht des Centralverbandes der Schlachter, Bahnhof Lübeck. Im verflossenen Jahre wurden 13 Mitgliederversammlungen abgehalten; jenseit janden 2 öffentliche Beratungen statt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1904 80, aufgenommen wurden 42, ausgetreten sind 16 Kollegen; abgereist sind 67, ausgeschieden 2 Kollegen. Die Verwaltungsstelle Lübeck zählte damals am Schluß des Jahres 1904 74 Mitglieder. Die Einnahmen der Hauptkasse belief sich auf 603,65 M., diejenige der Ortskasse auf 267,40 M. Die Ausgaben legen sich aus folgenden Posten zusammen: Versammlungsbeiträge 19 M., Unterstützungen bei Streik und Aussperrungen 273,25 M.

Direktor Gottschald vom kleinen Stadttheater wurde zum Direktor des Stadtbüchers in St. Gallen (Schweiz) gewählt.

Die Influenza gräßt hier zur Zeit sehr stark. Den Soldaten ist deshalb der Besuch der Lazaretts verboten worden. Der Krankenstand der Lazarettsküche ist außerordentlich hoch.

Wohl. Einem kleinen Verkaufshändler wurde von

seiner an der Wartburgstrasse liegenden Lagerplätze ein

eiserner Ofen gestohlen. Wegen dieser wurden ein

Schornstein und ein Schmid von hier ermittelt.

Gutin. Vor der Trauung verhaftet. Die Tochter eines Fabrikanten sollte am Sonnabend Hochzeit haben. Alle Vorbereitungen dazu waren getroffen, auch Polterabend hatte man schon gereicht. Eine Stunde vor der standesamtlichen Trauung mußte aber der Herr Bräutigam verhaftet werden. Er nannte sich Rittermeister a. D. und reizvollste mit einem großen Vermögen. Am Polterabend fand einer der geliebten Hochzeitsgäste, daß die Verhältnisse des Herrn Schwiegersohns in spe verdächtig waren. Bei anderen Fragen befürchtete es sich, daß er ein großer Schwundler war. Er ist weder jemals Mittwochen gewesen, noch konnte er über sein angebliches Vermögen einen Nachweis liefern.

kleine Theorie der Raubgardeiere. Mit Schwefelsäure vergiftet hat sich gestern vormittag der in der Lan-

genstraße in Ullona wohnende Invaliden Ossen. Bereitenszeitig ergriß er anstatt einer, wie er glaubte, Kaffee enthaltenden Flasche, eine solche mit Schwefelsäure. Der Bedauernswerte erkrankte so schwer, daß er in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. — In der Nacht zum Sonntag wurde der Arbeiter Heiland, der sich in ungetrunkenem Zustande befand und trafelelte, in Wilhelmsburg von Unbekannten überfallen und so schwer verletzt, daß der Tod bald eintrat. — Mit schweren Kopfverletzungen wurde auf der Bredel bei Hamburg, nahe der Polizeiwache 35, ein Mann aufgefunden und durch die Garnisonskolonne nach dem Hafenkrankenhaus befördert. Wie der Mann zu den Verlegungen gekommen ist, steht noch nicht fest. — In einer Höhle des bei der Germania-Werft in Kiel in Reparatur befindlichen türkischen Kriegsschiffes wurde am Sonntagmorgen der Arbeiter Schellhamm tot aufgefunden. Sch., der auf dem Schiffs-Wacht- dienst verrichtete, hatte sich in der Höhle zum Schlafen niedergelegt. Der Tod ist durch die vom Ofen austretenden Gase herbeigeführt worden. — Sonnabend hat sich im Norderort ein höchst betrübender Unglücksfall zugegraben, indem der Holzbauer Boje Doorn mit dem einen Bein in die Trommel seiner in Betrieb befindlichen Dreschmaschine geriet. Dem Verunglückten mußte leider das zerquollene Bein über dem Knie abgenommen werden. — Im Dorfe Bülkau in Dänemark brannten, wie aus Hadersteben gemeldet wird, 11 Befestigungen vollständig nieder. Ausgewiesen wurde mit 24 Stunden Frist der Arbeitseinsatz Wolf in Hadersteben. — Die Fischer-Brüder Stelldorf und Linsen aus Wels bei Flensburg sind in Ausübung ihres Berufes an der Küste von Alsen ertrunken. Ihr Boot ist leer angerieben. — Ein Schlachtergeselle aus Schmalenholz Sonnabend von Zicendorf zu Wagen Hochzeitsgäste ab. Als der Wagen hier angelangt war, stellte sich heraus, daß der Führer eine Leiche war. Der herbeigeruhete Arzt stellte Herzschlag fest, der wahrscheinlich auf übermäßigen Alkoholgenuss zurückzuführen ist. — Der englische Bierbrauer „Culomene“, der am 27. Januar im Schleppan von Bremenhaven nach Newcastle abgezogen war, wurde unterwegs durch den Sturm von Schlepper getrennt und wird seitdem vermisst. Er ist vermutlich verunglückt, da er nur eine geringe Besatzung hatte.

Rendsburg. Der Schuhmeister-Ajpirant S. Weißig, 1. Bataill. Regiments Nr. 5, ist seit dem 2. Januar spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen und bisher ohne Erfolg gewesen. Nicht ausgeschlossen scheint, daß der Vermisste in einem Anfall von Schwermut freiwillig in den Tod gegangen ist.

Meldorf. Der wegen der Entfernung des Dr. Grans hier verhaftete Nielsen hat die Tat noch immer nicht eingestanden. Er wird fortgesetzt durch Kriminal-Inspektor Engel-Altona vernommen. Der Verdacht wird dadurch bestärkt, daß an Nielsens Hölle Blutspuren gefunden sind; auch verweist er sich in Widersprüche. Gerüchte von Verhältnissen anderer Personen beruhen auf Erfahrung.

Letzte Nachrichten.
Soldan (Ostpreußen). Ein Kaufmann wurde Sonnabend auf dem Wege nach Pilgramsdorf verletzt. Man fand den Arbeiter Johann Michlinski, einen russischen Untertan, mit eingeschlagenem Schädel, seiner Tasche beraubt. Als mutmaßliche Täter sind der Schneid Ludwig Ganzewinski und der Maurer Gottfried Fański aus Pilgramsdorf verhaftet, welche schon am Abend vorher verschiedene Leute angefallen hatten.

Benthen. Durch herabstürzende Kohlen wurden in der Königgrube der Bergmann Henschel, in der Fünfminutengrube der Bergmann Korballa, in der Laurahüttengrube der Bergauer Swiers, in der Hohenwollgrube der Oberhauer Fijek und in der Hehwigsgrube der Bergmann Bieck getötet. — Das ist das angeblich bedeutsamste Los der Grubenläden! Breslau. In die Tiefe. Auf einem Neubau am Freiburger Bahnhof brach ein Stangenrohr auseinander und begrub nun einen Arbeiter, die alle, zum Teil schwer, verletzt wurden.

Hanau. Schrecklicher Tod. In der chemischen Fabrik Cassella zu Mainkur starb sich während der Frühstückspause der Arbeiter Ulrich in den Siedefessel. Erst Nachmittags beim Säuerführen wurde der Vorfall bemerkt.

Erfurt. Ein Schmiedpriester. Der verheiratete Pastor Köhler wurde wegen sittlicher Verfehlungen vom Amte suspendiert.

Haftung.
Für die freitenden Bergarbeiter im Ruhrrevier eingehen ein: P. B. 1.—M. Verb. d. Bäder 20.—Mark. Ein Landbäder 2.—M. Kinderause Befreiung 2.—M. Werftarb.-Verb. 1. Rate 20.—M. Formier der L. M. G. 12.—M. Lokalfahrt der Formier 25.—M. Steinarbeiter, 3. Rate 10.—M. H. Hirr. 1,50 M. Ges. o. d. Sägemühle 2. Grube 7,15 M. Bentr.-Verb. d. Stoffwaren, 1. Rate 20.—Mark. Bom Bau Brandenbaum 3,25 Mark. B. G. 1.—M. Verb. d. Buchbinden 9.—M. Ges. o. d. Arb. bei Hübler 4,30 M. Ges. o. d. Kupferschmieden 5,60 M. Eischlermeister Hes. u. Stremann 4,50 Mark. Frühstücksbude d. Bloß- und Schiffsbauarb. Koch's Werk 17,10 M. Eischler v. Koch's Werk 14,50 M. Verb. der Brauereiarb. 3. Rate 75.—M. Von den Eisenbahnhänen 51,80 M. Arb. d. L. C. 9,60 M. Von einem Bädermeister 2,30 M. Brauereigehilfarb. u. Kutschier der Hansabrauerei 29.—M. Arb. d. Kesselschmiede L. M. G. durch F. S. 2,30 Mark. Bom Drägerwerk 2. Rate 30,63 Mark. Bereits quittiert 5030,64 M. Summa 5419,07 M.
Die Exped. des Lübecker Polizeihofen.

Esterhazy-Viertel.

Hamburg. 6. Februar.

Der Schweinehandel verließ außerst rege. Auggeführt wurden 452 Stück, Preis. Sengfleisch — M. Verständliche — 57 M. — M. Fisch — 56 — 57 M. — Sauen — — M. und Ferkel 50—53 M. pro 100 Pfund.

Feuerüberübertragung,
Unfall, Haftpflicht, Lebensversicherung
schießt ab unter günstigen Bedingungen
A. Beßmann, Wissedeßfrage 51.

Achtung Maurer!

Mitglieder-
Versammlung
um Mittwoch den 8. Februar

abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbuch vom Jahre 1904.
2. Neuwahl des Vorstandes, Beisitzer u. s. w.
3. Neuwahl eines Gauvorsitzenden.

Die Mitglieder werden dringend aufgefordert, zahlreich die Versammlung zu besuchen.

Der Vorstand

Wahltagbogen
am Mittwoch den 8. Februar d.

Anfang morgens 10^½ Uhr.

Hierzu lädt freundlich ein

Otto Gennburg.

Panorama
(Gästehalle a. d. Pajisse, Berlin)
Breitestraße 53, 1. Etage. —
Diese Woche ausgestellt:

Petersburg
und Besuch der kaiserl. Schlösser.
Stadt-Theater.

Mittwoch den 8. Februar.
Abends 7^½ Uhr. Ende 10 Uhr.
127. Vorstellung. 20. Mittwoch. Abonnement.

Gastspiel von Gertrud Audlet vom Deutschen Theater in Bremen.

Bei ermäßigten Preisen.

Zapfenstreich.
Donnerstag den 9. Februar 138. Vorstellung.

Rosenmontag.

Freitag und Samstagabend fast am Sonntag
den 5. Februar einfache Mutter. Großmutter
und Enkelkinder.

Sophie Cathar. Louise Möller
am 28. Februarabend. Besuchert von ihren Kindern
W. Nevermann und Frau. geb. Müller
und Kinder.

Bestellung am Donnerstag den 5. Februar,
abends 9 Uhr, von der Kugel des Gymnasiums
Gotha.

Sommermorgen nach dem ersten
Frühstück unter lieber Mutter.

Friederich Schnoor
im nächsten 70 Geburtstag.

Verlobungs- und den Hochzeitstag
A. Schnoor und Frau.
R. Schnoor und Frau.
J. Steiner u. Frau. geb. Müller.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 5. Februar,
abends 4 Uhr, von der El. Kirche Gotha statt.

Leiter Bierbrauerei H. Maack u. Frau
bei ihrem Goldjubiläum am 15. Februar 1905
Die Eltern des Seidenweberin Bertha

Jahr 1. April eine St. Pauli
1. St. Pauli 100 zu veranlassen
Gesangsparte 20,00

Es werden 2 abgedeckte Bierzähne
Brauerei.

Bestellung 10 M. der Gaststätte 1.
Sind sie unten über dem Zimmer, folgende
Meinmädchen für das mal zweite
Bücher, die beiden sind ebenfalls sehr
teuer. So 10.—12.—14.—16.—18.—20.—22.—24.—26.—28.—30.—32.—34.—36.—38.—40.—42.—44.—46.—48.—50.—52.—54.—56.—58.—60.—62.—64.—66.—68.—70.—72.—74.—76.—78.—80.—82.—84.—86.—88.—90.—92.—94.—96.—98.—100.—102.—104.—106.—108.—110.—112.—114.—116.—118.—120.—122.—124.—126.—128.—130.—132.—134.—136.—138.—140.—142.—144.—146.—148.—150.—152.—154.—156.—158.—160.—162.—164.—166.—168.—170.—172.—174.—176.—178.—180.—182.—184.—186.—188.—190.—192.—194.—196.—198.—200.—202.—204.—206.—208.—210.—212.—214.—216.—218.—220.—222.—224.—226.—228.—230.—232.—234.—236.—238.—240.—242.—244.—246.—248.—250.—252.—254.—256.—258.—260.—262.—264.—266.—268.—270.—272.—274.—276.—278.—280.—282.—284.—286.—288.—290.—292.—294.—296.—298.—300.—302.—304.—306.—308.—310.—312.—314.—316.—318.—320.—322.—324.—326.—328.—330.—332.—334.—336.—338.—340.—342.—344.—346.—348.—350.—352.—354.—356.—358.—360.—362.—364.—366.—368.—370.—372.—374.—376.—378.—380.—382.—384.—386.—388.—390.—392.—394.—396.—398.—400.—402.—404.—406.—408.—410.—412.—414.—416.—418.—420.—422.—424.—426.—428.—430.—432.—434.—436.—438.—440.—442.—444.—446.—448.—450.—452.—454.—456.—458.—460.—462.—464.—466.—468.—470.—472.—474.—476.—478.—480.—482.—484.—486.—488.—490.—492.—494.—496.—498.—500.—502.—504.—506.—508.—510.—512.—514.—516.—518.—520.—522.—524.—526.—528.—530.—532.—534.—536.—538.—540.—542.—544.—546.—548.—550.—552.—554.—556.—558.—560.—562.—564.—566.—568.—570.—572.—574.—576.—578.—580.—582.—584.—586.—588.—590.—592.—594.—596.—598.—600.—602.—604.—606.—608.—610.—612.—614.—616.—618.—620.—622.—624.—626.—628.—630.—632.—634.—636.—638.—640.—642.—644.—646.—648.—650.—652.—654.—656.—658.—660.—662.—664.—666.—668.—670.—672.—674.—676.—678.—680.—682.—684.—686.—688.—690.—692.—694.—696.—698.—700.—702.—704.—706.—708.—710.—712.—714.—716.—718.—720.—722.—724.—726.—728.—730.—732.—734.—736.—738.—740.—742.—744.—746.—748.—750.—752.—754.—756.—758.—760.—762.—764.—766.—768.—770.—772.—774.—776.—778.—780.—782.—784.—786.—788.—790.—792.—794.—796.—798.—800.—802.—804.—806.—808.—810.—812.—814.—816.—818.—820.—822.—824.—826.—828.—830.—832.—834.—836.—838.—840.—842.—844.—846.—848.—850.—852.—854.—856.—858.—860.—862.—864.—866.—868.—870.—872.—874.—876.—878.—880.—882.—884.—886.—888.—890.—892.—894.—896.—898.—900.—902.—904.—906.—908.—910.—912.—914.—916.—918.—920.—922.—924.—926.—928.—930.—932.—934.—936.—938.—940.—942.—944.—946.—948.—950.—952.—954.—956.—958.—960.—962.—964.—966.—968.—970.—972.—974.—976.—978.—980.—982.—984.—986.—988.—990.—992.—994.—996.—998.—1000.—1002.—1004.—1006.—1008.—1010.—1012.—1014.—1016.—1018.—1020.—1022.—1024.—1026.—1028.—1030.—1032.—1034.—1036.—1038.—1040.—1042.—1044.—1046.—1048.—1050.—1052.—1054.—1056.—1058.—1060.—1062.—1064.—1066.—1068.—1070.—1072.—1074.—1076.—1078.—1080.—1082.—1084.—1086.—1088.—1090.—1092.—1094.—1096.—1098.—1100.—1102.—1104.—1106.—1108.—1110.—1112.—1114.—1116.—1118.—1120.—1122.—1124.—1126.—1128.—1130.—1132.—1134.—1136.—1138.—1140.—1142.—1144.—1146.—1148.—1150.—1152.—1154.—1156.—1158.—1160.—1162.—1164.—1166.—1168.—1170.—1172.—1174.—1176.—1178.—1180.—1182.—1184.—1186.—1188.—1190.—1192.—1194.—1196.—1198.—1200.—1202.—1204.—1206.—1208.—1210.—1212.—1214.—1216.—1218.—1220.—1222.—1224.—1226.—1228.—1230.—1232.—1234.—1236.—1238.—1240.—1242.—1244.—1246.—1248.—1250.—1252.—1254.—1256.—1258

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 33.

Mittwoch, den 8. Februar 1905.

12. Jahrgang.

Zum Heim der Bergarbeiter.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Essen geschrieben:

Nachdem ich Wochen hindurch als volkswirtschaftlicher und politischer Beobachter der Entwicklung des großen sozialen Dramas im Ruhrrevier durch alle Phasen gefolgt war, fühlte ich schließlich auch das Bedürfnis, den solange im Drang der Geschäfte zuuliegebrängten Wunsch zu befriedigen und die einzelnen Bergarbeiter in ihren Wohnungen aufzusuchen. Geplaudert hatte ich in dieser bewegten Zeit mit Hunderten von den Leuten, aber in den Versammlungsräumen, auf den Straßen und im Streichbüro konnte ich meist nur die typischen Fragen an sie stellen. Man muß auch mit dem Bergarbeiter in seinem Heim, im Kreise seiner Familie sprechen, wenn man den Menschen in ihm kennen lernen will.

Die Wohnräume der Bergarbeiter, die ich sah, sind verschieden, je nachdem sie in einer Bechenkolonie oder in einer Mietkasernen sich befinden. In der Bechenkolonie ist die Zahl der Räume etwas größer, wofür in der Mietkasernen, welche übrigens häufig ebenfalls Eigentum der Beche ist, die wenigen Zimmer vielfach geräumiger sind. Die Mietpreise bewegen sich zwischen 9 und 18 M., das Wohnen in der Bechenkolonie gewährt dem Arbeiter Vorteile, die er freilich mit größerer Abhängigkeit teuer bezahlt. Eine Kolonie, die ich sah, liegt der Beche so benachbart, daß man gar nicht die Straße überschreiten muß, um auf den Arbeitsplatz zu gelangen. Hier erschienen längst die Steiger bei den im Bett liegenden Streikenden und Schlepperten sie durch Überredung und Drohungen zum Gefecht. Wenn sie aber über die Straße gehen müssen und von ihren Kameraden gesehen werden können, so weigern sich auch die in den Kolonien eingerichteten Arbeiter, selbst wenn können die Wohnungen gefündigt werden, der Sache der Genossen unterzuwerden.

Vorgestern auf dem Streichbüro des christlichen Gewerbevereins hatte ich einer aufgeregten Szene beigewohnt. Da war eine lächerlich gekleidete Arbeiterfrau erschienen und hatte Unterstützung verlangt. Der Leiter des Büros fragte sie:

„Gehört Ihr Mann einem der Verbände an?“

„Nein“, schrie sie, „aber ich habe vier Kinder und kann ihnen doch nicht einen Stock in den Mund stecken. Wenn ich nicht unterstützt werde, schicke ich meinen Mann wieder zur Arbeit!“

Der Wirt des Kolos kannte die Frau und wies ihr nach, daß sie vier Soßläger hält, von denen sie hinzehend Geld begebe. Da zog die Frau beschämmt ab; aber ich sah sie später auf dem Streichbüro des „alten Verbundes“, wo sie das gleiche Spiel versuchte. Solches Brillen gibt es in allen Städten; daß dieses Web in den Bergarbeiterkreisen zu den Kusznämen gehört, das zeigten mir gerade die zahlreichen Unterhaltungen, welche ich heute mit so vielen Frauen und Männern aus diesem Stande führte.

Auf meine Frage, warum sie nicht doch lieber zur Beche gingen und arbeiteten, erhielt ich Antworten, die vom krassesten Opportunismus bis zum reifsten Idealismus alle Motivskalen durchliefen.

„Ich woll' schon gern arbeiten, aber ich will mir nicht die Knochen koput häuen lassen und ich wohn' hier auf 'ne scherfe Kante!“

„Ich will nicht, daß die andern nochher mit Finger auf mich zeigen.“

„Man muß doch vor sich selber Achtung haben können!“

„Nun wollen wir durchhalten. Für den Bergarbeiter müssen endlich bessere Zeiten kommen. Er wird sich genug invalide.“

Den härtesten Einbruch machte mir die Antwort einer Frau, deren Mann nicht zu Hause war. Sie hatte elf

lebende Kinder, von denen sechs mit den Eltern zusammen drei kleine Stuben bewohnen.

„Mein Mann will vorläufig noch keine Unterstützung haben. Er sagt, es gibt noch Bedürftigere. Wenn er zur Arbeit geht, muß er ordentlich essen. Jetzt kann er mit Kartoffeln und Salz vorlieb nehmen.“

Alle die vielen Frauen, mit denen ich sprach, waren damit einverstanden, daß ihre Männer erpreisten. Wohl führen sie es viel lieber, daß diese Zeit der Prüfung darüber wäre, aber sie würden es als eine Erniedrigung empfinden, wenn man ihrem Manne später nachsagen würde, daß er Streikbrecher gewesen sei.

Nicht nur Offiziere und Korpsstudenten wissen, was Ehre ist.

In den meisten Wohnungen, die wir besuchten, hing Wäsche zum Trocknen über dem Herde. Aber wie zerlumpt sah sie oft aus! Manche Frauen hantierten noch am Waschbälk. Ein Bergmann zeigte uns einen Korb voll Wäsche, den er selbst diesen Morgen schon gewaschen. „Arbeit schändet nicht“, meinte er, „und die Frau hat mit den acht Kindern ihre liebe Not.“ Das Jungste war erst zehn Tage alt, aber die Mütter wirtschaftete schon wieder tüchtig herum, man wollte gerade das Mittagessen beginnen, es gab Blutwurst mit Bratkartoffeln, und die ganze kleine blonde Sippichälfte kleckerte eben auf die Holztisch und die Stühle, mit Mäulchen, die nicht auf mangelnden Appetit einen Schlupf erlaubten!

Wir sahen sehr saubere, aber auch arg schmutzige Wohnungen, und fast immer konnte man es schon der Kleidung der Haushfrau anmerken, wie es bei ihr zugeht. Wir waren bei Polen, bei Tschechen, bei Ostpreußen und bei Rheinländern. . . . Bei den katholischen Bergleuten hängen an den Wänden viele Heiligenbilder, bei den evangelischen mehr Hauszeichen. . . . Das Verhältnis zwischen Mann und Frau und zwischen Eltern und Kindern macht auf mich fast überall einen sehr günstigen Eindruck. So manchem älteren Paare konnte man anmerken, wie treu trog Not und Elend der eine am andern hängt. Die Familien bestehen durchgehend aus sehr vielen Köpfen; bei fast allen Bergarbeiterfrauen, die ich fragte, folgte wenigstens in den ersten 10 Jahren der Ehe Werkearbeit auf Wochenbett! Wehe der Familie, deren Erzieher in seinem ungeübten und gefährlichen Beruf stark oder katastrophal wird! Was das Gesetz gewährt, reicht nicht weit, und selbst auf sorgen Nebeaverdienst bleibt dann wenig Hoffnung!

Bei einer Frau traten mir ein, deren Mann, Bremser an der Fördermaschine, lange Zeit stark gewesen war. Sein Tagelohn beträgt 330 Mark. Jetzt bei der Lohnzehrung hatte man ihm, weil er stinkt, die Kartoffeln, die er durch die Beche begangen hat, teurer berechnet. Die verbleibende Summe, die ihm ausbezahlt wurde, betrug nur 280 M. pro Tag. Auf dem Streichbüro gibt man ihm Schwarzbrot. Aber die drei kleinen Kinder, von denen eines die englische Krankheit hatte, wollen kein trockenes Schwarzbrot nehmen und hatten heute noch nichts gegessen.

„Wir haben Schuld bis über den Kopf“, sagte die Frau, die einen sehr ordentlichen Eindruck machte, „aber Streikbrecher soll mein Mann nicht werden.“

Die Freude sind Oppression aus Gumbinnen.

In einer Familie mit acht Kindern lebt der Mann seit Monaten an Krampfadern und die Frau ist epileptisch. Dennoch fühlt sich der Besucher in diesem sauberen Heim unter hübschen Kindern nicht niedergedrückt. Auch die Leute selbst scheinen es nicht zu sein, so mager das Essen war, das auf dem Herde stand (Suppe mit etwas Schweinegrüben drin). Der Mann ist ein Sizilianer, Kanarienzucht ist seine Schwäche, Schnaps trinkt er niemals, aber mit trauriger Stimme erzählte er, daß ihm im vorigen Jahre eine Kanariendöbel eingegangen sei, als nach der Diphtheritis eines Kindes die Wohnung geräumt wurde.

„Glauben Sie, daß es anders sein könnte?“ antwortete der Greis. „Sie werden in Idas Gedanken leben, so lange Sie auf dieser Erde atmen.“

„Sagte sie das? Belauert es Ihre Lippen?“

Mit einem wehmütligen Lächeln nickte ihm Klaus Horstrand die Antwort zu. — „Warum soll ich Ihnen den edlen, liebvollen Anteil verheißen, den Ilba an Ihnen und Ihrem Leben geschenkt nimmt?“ sagte er dann. „Ja, es ist gut, wenn Sie erfahren, daß Sie eine Freundin besitzen, die mit Ihres Herzens heiligsten und reisten Erfüllungen immerdar Ihnen anhängen wird, wenn auch die Gewalt der Verhältnisse ihr nichts weiter gestattet, als dies treue Aufzähren. Sie kennen Helgesund, Sie haben von ihm selbst gehört, wie er eher seine Kinder unter seinen Schalen zertreten würde, als er ihnen erlaubte, von seinem Willen zu weichen. Er fürchtet Paul Petersen weit mehr, wie er ihn sieht, aber er ist in dessen Gewalt und kann nicht los, zudem braucht er den Vogt und seinen schwarzen Messen, endlich aber hat er sie versprochen vor allem Gott, und Ueckre läme über ihn, wollte er selbst tun, was er niemals will. — Mein lieber Sohn, ich sage und wiederhole Ihnen dies Alles, um Ihnen Idas Kraft zu geben, die Kraft zum Ueberwinden. Sie hat in dem Buche Ihres Nummers gelesen, wenn Sie Ihre Augen zu ihr aufschauen, und Ihr armes Herz wollte brechen, daß kein Lächeln, kein freundliches Leiden Sie trösten dürfte. Niemals wird es anders werden; um Ihres Friedens willen darf die harte Schale nicht brechen, und als ein gerechter Mann werden Sie handeln, wie Sie müssen.“

„Haben Sie Dank für allen Ihren Trost und Ihre Ermahnungen,“ erwiderte Horstrand. „Doch sagen Sie ihr, daß ich annahe, was Sie mir bietet. Wer weiß denn?“ sagte er. „Wie lange ich überhardt roh in ihrer Nähe sein werde; ob es mir gelingen wird, in den Drangsalen mich zu behaupten, die meiner waren? Wo ich aber sein war, und wenn ich je sie wiedersehe, niemals soll ein Blick sie betrüben.“

„Sie dachte an mich und sprach von mir?“ fragte Johanna.

Doch als die Vermieter unter den Armen dunkl mir eine junge Witfrau, die mit einem Kinde von 18 Monaten zwei kleine blühbare Zimmer für 11 M. bewohnt. An der Wand hängt noch die lange Tabakspfeife und das Militärbild des Mannes, der auf „Graf Beust“ in den Schacht hinabgestürzt ist und sich die jungen Elsieber zerstört hat. Ihr ganzes Einkommen sind 52 M., die sie von der Unfallversicherung erhält, und weitere 6 M., die sie sich mit Bügeln verdient. Der Betriebsführer der Bege will ihr nicht einmal mehr die Kofte zum Bergmannspreis ablossen. Die Frau erzählte uns das alles ruhig und ohne viel Aufhebens zu machen. „Es ist das Bergmannslos!“ so schrien ihre stillen brauen Augen zu sprechen. Nur als ich fragte, ob ihre Ehe glücklich gewesen sei, ließ sie wenige Tränen blühen, die eine gar bereite Antwort waren!

Soziales und Partei Leben.

Wegen Bekleidung der Gewerbeinspektion in Plauen (Vogtland) hatte sich der Appellationsarbeiter Füg aus Wylau vor dem Plauener Landgericht zu verantworten. Füg soll nach dem Bericht des „Vogtl. Anz.“ gelegentlich einer Tafelarbeitsversammlung in Wylau verschiedene Mitglieder in einigen Fabrikbetrieben des Bezirks besprochen haben, wobei er auch geäußert haben soll, daß sich die Gewerbeinspektion in Plauen darum nicht befreimere. Infolge dieser Verfehlung stellte der Vorstand der Gewerbeinspektion, Gewerberat Braun, Strafantrag wegen Bekleidung gegen Füg. Der Angeklagte, welcher seine Schuld bestritt, wurde zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Diese Strafe ist als überaus hart zu bezeichnen!

Eine geradezu rührende Rückflucht nimmt man in Preußen und den verpreußten Bundesstaaten auf Kapland. In Braunschweig tagte eine Volksversammlung, die sich mit dem Bergarbeiterstreit beschäftigte. Als der Redner den „Klassenkampf“ an die Renn“ zur Sprache brachte, forderte der überwachende Beamte den Vorstand auf, den Redner nicht über Kapland sprechen zu lassen. Wieder ein Beweis, wie wenig bei uns die Berufs- und Versammlungsfreiheit besteht.

Zur Maifeier bezog die Delegierten-Versammlung des Gewerkschaftsbundes in Frankfurt a. M. einstimmig: „Die Versammlung des Frankfurter Gewerkschaftsbundes fordert alle Delegierten auf, eine allgemeine, frühzeitige, kräftige Agitation in ihren Gewerkschaften zu erzielen, um die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai zu verwirklichen.“

Wie die Bergarbeiter um ihren Lohn betrogen werden. In einer Bergarbeiterversammlung in Benzberg (Oberhessen) wurde mitgeteilt, daß im verlorenen Jahr in Benzberg allein 21 000 Wagen genutzt und außerdem viele Arbeiter noch wegen Lieferung unreiner Kohle mit Strafen belegt worden seien.

Mittwochabend wird gemeldet: Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die im städtischen Kollegium die Mehrheit vertritt, beantragte nach dem „Offenbacher Abendblatt“, daß die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter vom 1. April 1905 nicht länger als 9 Stunden, vom 1. April 1906 nicht länger als 8 Stunden betragen soll.

Im Gegedienst dazu steht die liebenswürdige Bürgermeisterin in Osnabrück. Sie versendet folgendes Blatt:

Osnabrück, den 20 Januar 1905.

Sehr geehrter Herr Kollege! Mit Gegenwärtigem überreichen wir Ihnen die Listen der in Osnabrück im Steil befindlichen Fischergejellen.

Wir bitten Sie zum möglichst, diese Listen unter den Berufskollegen und sonstigen Unternehmen, welche Fischergejellen beschäftigen, möglichst verbreiten resp. bekannt

sein Wort ihr verraten, was vielleicht mein Herz nicht zu wünschen lassen kann.“

Der Fleischer blieb stehen, seine sanfte und ehrwürdige Miene strahlte von teilnehmender Güte. — „Gottes Wille wird sich erfüllen,“ sagte er, „seine strenge Hand heißt auch die Wunden, die sie schlägt. Wunderbarlich ist die Zeit, mein armer Freund, alles, alles wird wieder hell, wenn wir stark bleiben im Bertronan und unsere ungeliebten Leidenschaften kämpfen. Selbst diese Wölfe hier, über welche der Wind die letzten Nebelgeister jagt, ist sie nicht ein Bild, des wahren Hoffnungen aufrichten kann? Gestern noch prangte sie mit hellem Licht und Sonnenschein, mit farbigen Blumen und bunten Moosen, heute liegen diese geklärt am Boden, und bald verschwinden sie unter Eis und Nacht. Aber wo die Wurzeln gut sind, kann das Misstrauen nichts anhaben, und wenn Tag und Sonnenschein wiederkehren, dann sind sie junge, kräftige Triebe, die kein Stein zerstören kann.“

„Amen, mein Vater, Amen!“ rief Horstrand; „jedes Menschenleben hat sein Leid, und auch ich werde das meine tragen.“

„So hören Sie noch eine Warnung, die von guter Hand kommt — nicht von Ida,“ fuhr er lächelnd fort, „sie ist zu sehr ein gehorches Kind, um gegen Ihren Vater zu wagen. Paul Petersen ist Ihr Feind und wendet seinen ganzen Einfluß an, um Helgesund zu bewegen, Sie zu verderben. Es wird dagegen gearbeitet, doch müssen Sie selbst tun, was es Ihnen ist, um Helgesund nicht noch mehr zu zerstören. Ja dieser Welt, mein Sohn, müssen auch die Güter nach den Worten des Apostels liegen wie die Schlangen, wenn sie die List der Dämonen zu schanden bringen wollen.“

„Ich bin bereits auf alles gefaßt,“ sagte Johann. „Helgesund soll mich so finden, wie es recht ist. Doch wenn er meint, mit seine Schlingen jährlings über den Kopf zu

